

Westdeutsche Pharmatests in der DDR

In rund 50 Kliniken der ehemaligen DDR fanden Medikamententests westdeutscher Pharmaunternehmen statt. Diese Tests dienten der damaligen Regierung als Devisenquelle. Eingefädelt wurden die Studien wohl durch den geheimen Bereich für



Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel unter Leitung von Alexander Schalk-Golodkowski. Er war zuständig für den (inoffiziellen) Handel mit dem kapitalistischen Ausland. Aber auch das Ministerium für Staatsicherheit (MfS) war in diese Vorgänge selbstverständlich einbezogen.

Um den Umfang der durchgeführten Studien, die Beteiligung des MfS und die Rolle der Ärzte aufzuklären, gibt es inzwischen zwei Studien. Eine Arbeitsgruppe am Universitätsklinikum Jena (UKJ) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Arzneimittelstudien westlicher Pharmafirmen in der damaligen DDR hat bereits am 22. Oktober 2013 einen Abschlussbericht vorgelegt. Diese Arbeitsgruppe wurde im Mai 2013 eingesetzt, um zu ermitteln, ob die in der

DDR durchgeführten klinischen Studien nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften und ethischen Normen durchgeführt wurden sind. Am Jenaer Klinikum wurden in den 1980er-Jahren mindestens 34 solcher Studien durchgeführt. In Sachsen waren 24 Kliniken an 134 Studien beteiligt. Die Arbeitsgruppe hat bisher jedoch keinen Hinweis auf Verstöße gegen damals gültige Rechtsvorschriften gefunden.

Mit der Erarbeitung eines Prüfverfahrens hat die Jenaer Arbeitsgruppe die weitere Aufarbeitung nun an eine neue gemeinsame Forschergruppe der Universitätskliniken Jena, Halle und Leipzig weitergegeben. Zugleich will sie mit der durch Bundesmittel geförderten Forschergruppe der Berliner Charité zusammenarbeiten. Das auf zweieinhalb

Jahre angelegte Projekt „Medikamentenversuche – Klinische Arzneimittelforschung in der DDR von 1961 bis 1989“ unter Leitung des Charité-Medizinhistorikers Prof. Volker Hess startete am 15. Juni 2013. Das Bundesinnenministerium übernimmt rund 70 Prozent der Finanzierung. 30 Prozent steuern die Bundesstiftung Aufarbeitung, die Pharmaindustrie, die Bundesärztekammer und einige Landesärztekammern, wie zum Beispiel die Sächsische Landesärztekammer, bei. Erste Forschungsergebnisse werden frühestens 2015 vorliegen.

Nach ersten Schätzungen sind in mehr als 50 Kliniken 400 bis 600 Medikamentenstudien in Auftrag gegeben worden. Mehr als 50.000 Patienten sollen nach derzeitigem Wissensstand daran teilgenommen haben. Für die Testreihen haben westdeutsche Firmen zum Teil Geldsummen in Höhe von vielen hunderttausend D-Mark gezahlt, wie aus Akten im Bundesarchiv hervorgeht. Der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, war selbst als Internist der Medizinischen Klinik der Medizinischen Fakultät Carl Gustav

Carus an Studien beteiligt und hat immer wieder deutlich gemacht, dass alle Medikamententests in der DDR dem damals gültigen Arzneimittelgesetz für klinische Studien unterlagen. Dazu gehörte auch eine umfangreiche mündliche und schriftliche Aufklärung sowie Einwilligung des Patienten. Wenn ein Arzt damals diese Aufklärung nicht durchgeführt oder der Patient nicht eingewilligt hat, so habe sich dieser auch nach DDR-Recht strafbar gemacht.

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit